

## Medienkonferenz

Donnerstag, 21. November 2013

Es gilt das gesprochene Wort

# Die Unternehmen brauchen die Bilateralen Verträge

Josef Maushart, CEO und Verwaltungsratspräsident Fraisa, Bellach/SO

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich spreche zu Ihnen als Unternehmer, der sehr direkt von den Bilateralen Verträgen mit der EU betroffen ist. Fraisa produziert Zerspanungswerkzeuge für die Metallbearbeitung. Der Hauptabsatzbereich liegt dabei klar in der EU. Das Unternehmen, 1934 gegründet, zählt mit seinen heute 471 Mitarbeitenden zu den technologisch führenden Herstellern in der Branche. Zu unseren wichtigsten Kunden zählen in der Schweiz die J&J Synthes Gruppe, Rolex, IWC, Cartier, die Ruag und die Pilatus Werke sowie viele Unternehmen des Werkzeugbaus und der Maschinenindustrie. Wir exportieren 75 Prozent, davon den Grossteil in die EU, und unterhalten von unseren fünf Vertriebsgesellschaften vier in Europa. Derzeit beschäftigen wir uns mit der Ausdehnung nach Asien.

Die Initiative gegen eine erwünschte Zuwanderung, die von der SVP fälschlicher- und in diffamierender Weise als Massenzuwanderung bezeichnet wird, bedeutet im Falle einer Annahme für mich als Unternehmer zweierlei:

1. Eine sehr hohe Unsicherheit bezüglich der weiteren Entwicklung der Rahmenbedingungen für exportorientierte Unternehmer hier in der Schweiz.
2. Die Sicherheit einer Verschärfung des demografischen Problems, welches ich als eines der Schlüsselprobleme für die nächsten zehn bis 15 Jahre erachte.

Lassen Sie mich mit dem demografischen Problem beginnen. In einer Swissmem-Umfrage 2011 gaben 65 Prozent der KMU und 78 Prozent der grossen Unternehmen an, dass ihnen Fachkräfte fehlen. Fachkräfte heisst in unserem Bereich auch oft angelernte Mitarbeitende im Schichtbetrieb. Wir wissen, dass sich dieser Mangel aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren weiter verschärfen wird. Im Kanton Solothurn mit seinen 120'000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden alleine zwischen 2018 und 2030 etwa 20'000 Menschen mehr aus dem Berufsleben ausscheiden als neu eintreten. Dieser Mangel an Mitarbeitenden, der heute bereits in der Rekrutierung von Lernenden sichtbar wird, wird eine der ganz grossen Herausforderungen der Zukunft sein. Kürzlich habe ich mit einem bekannten Unternehmer aus Burgdorf gesprochen, der von seinen 52 Lehrstellen dieses Jahr erstmals 15 nicht mehr besetzen konnte. Wir sind also gerade in einer Phase, in der das demografi-

sche Problem tatsächlich spürbar wird. Bis heute kann niemand eine klare Antwort darauf geben, wie dieses Problem gelöst werden soll. Die Zuwanderung alleine wird definitiv nicht reichen, zumal wir in einem Umkreis von 1000 Kilometern um die Schweiz herum genau das gleiche Problem vorfinden und auch diese Länder interessiert sein werden, ihren Arbeitskräftemangel zu decken.

Sicher scheint schon jetzt, dass dieses Problem zu einem Anheizen der Lohnspirale führen wird. Und wenn wir uns bewusst machen, dass wir heute im industriellen Bereich für einen Mitarbeitenden etwa 40 Prozent mehr Lohnkosten haben als in der Bundesrepublik Deutschland und etwa fünfmal so hohe Lohnkosten wie in Tschechien oder Ungarn, dann zeigt sich, dass eine Erhöhung der Löhne vor dem Hintergrund des Wechselkurses von 1.20 CHF/€ vollkommen inakzeptabel ist und dies die Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion in der Schweiz dramatisch verschlechtern würde. Wir werden alle Hände voll zu tun haben, damit wir durch Automation und Rationalisierung, bei knapper werdendem Personal, die Wettbewerbsfähigkeit und den Produktionsausstoss in der Schweiz aufrechterhalten können. Eine weitere, künstliche Verschärfung dieses Problems, wie sie offensichtlich die Zielsetzung der Initianten dieser wirtschaftsschädigenden Initiative ist, muss auf jeden Fall verhindert werden.

Lassen Sie mich zum zweiten Aspekt, nämlich der grossen Unsicherheit über die weitere Entwicklung unserer Rahmenbedingungen kommen. Nicht nur die Personenfreizügigkeit ist für uns wichtig, wir wissen alle, dass wir die Europäische Union als Geschäftspartner brauchen. Unsere staatlichen Exponenten haben lange dafür gekämpft, diesen im Rahmen der Bilateralen Verträge zu bekommen. Untrennbar mit der Personenfreizügigkeit verbunden sind eben diese übrigen Verträge, die Bilateralen I. Aber glauben Sie mir, wenn wir mit den Provokationen gegenüber der Europäischen Union so weiterfahren, insbesondere, wenn wir diese Initiative annehmen, wird die Europäische Union das Gesamtverhältnis zu uns infrage stellen.

Dieses Gesamtverhältnis ist für uns von existenzieller Bedeutung. Natürlich sind es einzelne Abkommen, die eine besondere Bedeutung haben. Etwa das Abkommen über technische Handelshemmnisse, das Forschungsabkommen und das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen sind zualererst zu nennen. Aber insgesamt brauchen wir ein Miteinander mit der Europäischen Union und nicht ein Gegeneinander. Damit rede ich nicht einem Beitritt zur Europäischen Union das Wort, sondern einer Weiterentwicklung der Sicherheit und des Wohlstands der schweizerischen Bevölkerung.

Für mich als Unternehmer sind kalkulierbare Rahmenbedingungen die entscheidende Grundlage für Investitionen und für die weitere Entwicklung in die Zukunft. Unsicherheit ist das Schlimmste, was mir passieren kann. Ein hoher oder ein tiefer Wechselkurs sind Bedingungen, auf die ich mich über kurz oder lang einstellen kann. Ein bestimmtes Arbeitsrecht ist eine Bedingung, auf die ich mich über kurz oder lang einstellen kann. Eine über Jahre hin dauernde Unsicherheit über die Frage des Zugangs zur Europäischen Union, über das Verhältnis zur Europäischen Union, würde für mich eine inakzeptable Unsicherheit darstellen. Diese würde definitiv darin münden, dass ich meine Investitionen und die Weiterentwicklung des Unternehmens selbstverständlich in Zonen hineinlegen würde, in denen eine derartige Unsicherheit schlicht nicht besteht. Ganz konkret würde das in unserem Fall heissen, dass wir unser Logistikzentrum, über dessen Sinnhaftigkeit in der Schweiz wir unter Risikoaspekten immer wieder nachgedacht, aber für dessen Verbleib wir uns immer wieder entschieden haben, bei einer Annahme dieser Initiative definitiv ins Ausland verlegen würden.

Wir würden aber auch sämtliche technologischen und volumenmässigen Investitionen in die Weiterentwicklung unseres Unternehmens ins Ausland setzen, weil wir die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen in der Schweiz überhaupt nicht mehr abschätzen könnten und alle Investitionen eine Wirkungszeit von zehn bis zwölf Jahren haben. Wenn wir sie heute tätigen, können wir sie für eine längere Zeit nicht mehr korrigieren. Insgesamt würde das zu einer deutlichen Verschiebung unserer Gewichte

ins Ausland führen, und wenn wir im Produktionsbereich zunehmend in neue Technologien ausserhalb der Schweiz investieren würden, dann wäre es eine absehbare Konsequenz, dass wir früher oder später auch das Innovationszentrum der Fraisa Gruppe ins Ausland, zu unseren Produktionsstandorten verschieben würden. Ich male hier nicht schwarz und ich darf Ihnen sagen, dass ich es als meine grosse Aufgabe empfinde, die Fraisa als schweizerisches Unternehmen mit einem starken Zentrum in der Schweiz weiterzuführen. Aber ich darf Ihnen auch sagen, dass die Attacken auf die Rahmenbedingungen, wie sie jetzt von der rechten Seite im Sinne der Zuwanderungsinitiative und von der linken Seite im Rahmen der 1:12-Initiative und den übrigen, noch in der Pipeline befindlichen Initiativen vorliegen, diese Aufgabe erschweren. Und es ist eine Frage der Zeit, bis das Fass übertoll ist und viele Unternehmen diese ständige Verunsicherung leid sind und die durchaus positiven Rahmenbedingungen in anderen Ländern höher gewichten als ihr Grundverständnis als Schweizer Unternehmen.

Lassen Sie mich aber noch etwas mehr ins Detail gehen. Das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse stellt sicher, dass für die schweizerischen Hersteller auf dem europäischen Markt praktisch dieselben Marktzutrittsbedingungen gelten wie für die Konkurrenten in der EU. Das Abkommen schliesst insgesamt 16 Produktsektoren ein. Es beinhaltet die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen. Dabei geht es um Prüfungen, Zertifizierungen, Inspektionen und Zulassungen. Fällt dieses Abkommen weg, müssten Schweizer Exporteure nach der Marktzulassung in der Schweiz zusätzlich noch eine Konformitätsbewertung durch eine Drittstelle in der EU durchführen. Damit würde eine sinnlose Doppelspurigkeit wieder eingeführt. Für neue Produkte würde dies den Zugang in die EU-Märkte erheblich verlangsamen und erschweren. Überdies würden zusätzliche Kosten verursacht. Gemäss Seco erspart das Abkommen über technische Handelshemmnisse der Schweizer Exportindustrie jährliche Ausgaben von 250 bis 500 Millionen Franken. Mit diesem Geld können Unternehmen Sinnvolleres tun, als Doppelspurigkeiten zu finanzieren, nämlich Produkte entwickeln und Arbeitsplätze schaffen.

Von Bedeutung ist natürlich auch das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen. Es eröffnet den Schweizer Unternehmen den Zugang zu grossen öffentlichen Aufträgen mit einem Gesamtvolumen von 1500 Milliarden Franken. Das Abkommen legt die Kriterien fest, gemäss denen gewisse Beschaffungen international öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Dies umfasst Beschaffungen in den Sektoren städtischer Verkehr, Schienenverkehr, Gas-, Trinkwasser-, Strom- und Wärmeversorgung, Flughäfen sowie Fluss- und Seeschifffahrt. In der Schweiz gibt es eine Vielzahl Unternehmen, die von solchen Aufträgen profitieren können. Ohne die Bilateralen Verträge I würden sie von diesem Markt wieder weitgehend ausgeschlossen.

Auch das Forschungsabkommen möchte ich in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen. Es ist für uns von allergrösster Bedeutung, dass wir im Schulterchluss mit den grossen Forschungsinstitutionen der Europäischen Union arbeiten können.

Lassen Sie mich damit zusammenfassen. Bei den bevorstehenden Abstimmungen, welche die Personenfreizügigkeit tangieren, geht es nicht nur um dieses eine Abkommen. Es geht um das gesamte bilaterale Vertragswerk. Es geht schlicht und einfach um das Gesamtverhältnis zur Europäischen Union, unserem wichtigsten Wirtschaftspartner, wenn sie so wollen unserem wichtigsten Kunden. Die Personenfreizügigkeit hat Begleiterscheinungen und es gibt Probleme, die gelöst werden müssen. Aber diese Abschottungsinitiative bringt dafür keine Lösungen. Im Gegenteil: Mit den von der SVP geforderten Kontingenten fallen wir in ein ineffizientes und bürokratisches System zurück und insbesondere werden wir unser Verhältnis zur Europäischen Union so nachhaltig beschädigen, dass wir mit allergrösster Wahrscheinlichkeit schweren wirtschaftlichen Schaden erleiden würden, und dies ohne Not. Die Amerikaner sagen: «Don't fix it, if it is not broken!» Wir entwickeln uns hervorragend und stellen im Moment mit Angriffen von links und rechts dieses hervorragende Erfolgsmodell infrage. Als Unternehmer ver-

meide ich Unsicherheiten und versuche Risiken zu minimieren. Die 1:12-Initiative ist ebenso ein gigantisches Risiko für uns wie diese Zuwanderungsinitiative, die letzten Endes unser Verhältnis zur Europäischen Union in fahrlässiger Weise infrage stellen.

Die SVP-Initiative ist ein Spiel mit dem Feuer. Sie führt zur Kündigung der Bilateralen Verträge und bringt für uns Unternehmer grosse Unsicherheit und grosse Nachteile. Für die Schweiz wäre dies das definitive Ende des bilateralen Weges und der Beginn einer unsicheren Zukunft. Die Schweizer Wirtschaft ist international sehr stark vernetzt. Sie verdient jeden zweiten Franken im Ausland. Ohne die Bilateralen Verträge wird sie in die Abschottung getrieben. Das liegt definitiv nicht im Interesse der Schweiz und deren Bevölkerung. Die Bilateralen haben sich bewährt und unserem Land Arbeitsplätze und Wohlstand gebracht. Wir sollten ihnen Sorge tragen.